Weltrundschau : vor dem Ende des Vietnamkrieges? ; Reaktion führt zu Revolution ; Eine weltweite Entscheidung ; Neue Unruhe in Lateinamerika ; Die Spannung in Persien

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **59 (1965)**

Heft 6

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-141014

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Vor dem Ende des Vietnamkrieges? Es braucht, so glauben wir, keine Entschuldigung vor unseren Lesern und Leserinnen, daß wir in unseren Überblicken über die Weltlage immer wieder mit einiger Ausführlichkeit vom *Vietnamkrieg* reden. Was jetzt hinten weit in Südostasien vor sich geht, lastet ja andauernd schwer auf unser aller mitfühlendem und mitdenkendem Gemüt. Der sowjetische Ministerpräsident Kossygin wird schon gewußt haben, was er — wenn der Bericht darüber stimmt — einem amerikanischen Industriellen und Friedenskämpfer kürzlich gesagt hat, daß nämlich ein Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und China-Sowjetunion in unmittelbare Nähe rücken werde, wenn die amerikanischen Luftangriffe auf Nordvietnam nicht bald aufhörten. Und sie scheinen eben *nicht* aufhören zu wollen. Sie sollen sogar in großem Stil verstärkt und bis Hanoi selbst vorgetragen werden, um die nordvietnamesische Regierung auf die Knie zu zwingen. Gleichzeitig wird die amerikanische Armee in Südvietnam auf einen Bestand von mindestens 75 000 Mann gebracht und eine machtvolle Offensive eingeleitet werden, von der General Taylor, der USA-Botschafter in Saigon, erwartet, daß sie «in absehbarer Zeit» den vollen Sieg über die Aufstandsbewegung bringen werde.

An einen Rückzug der amerikanischen Streitkräfte aus Vietnam denkt man unter diesen Umständen in Washington weniger als je — trotz den sich häufenden Protesten gegen die Gewaltpolitik der Vereinigten Staaten, die aus aller Welt im Weißen Haus eintreffen. Aufs neue hört man von amtlicher und nichtamtlicher Seite die alte Lüge, die Vereinigten Staaten seien bei ihrer Ehre verpflichtet, der «rechtmäßigen» Regierung von Südvietnam zu helfen, die Freiheit ihres Volkes und Landes gegen die kommunistischen Unterwühlungs- und Eroberungsabsichten zu verteidigen. Dabei weiß jedermann, der sich um die geschichtliche Wahrheit bemüht, daß die zahlreichen Regierungen, die sich seit bald zwanzig Jahren in Saigon ablösen, alles andere, nur nicht rechtmäßig oder gar demokratisch genannt werden können. Wenn in Vietnam *eine* Regierung auf rechtmäßiger Grundlage steht, so ist es diejenige von Nordvietnam. Der Vertrag, den Frankreich am 6. März 1946 mit der von Ho Chi Minh geführten Regierung abgeschlossen hat, besagt in seinem ersten Artikel: «Die Regierung von Frankreich anerkennt die Republik Vietnam als freien Staat, der seine Regierung und sein Parlament, seine Armee und seine Finanzen hat und einen Bestandteil des Indochinesischen Bundes und der Französischen Union bildet.» Die Franzosen brachen diesen Vertrag freilich nur zu bald, als sie sahen, daß sich Ho Chi Minh nicht als ihr Werkzeug gebrauchen ließ, und eröffneten jenen schändlichen

Kolonialkrieg gegen die junge vietnamesische Republik, der im Jahre 1954 zu der Katastrophe von Dien Bien Phu führte.

Im Laufe dieses achtjährigen Krieges schufen sich die Franzosen — rechts- und vertragswidrig — ihre Puppen«regierung» in Saigon mit dem ehemaligen «Kaiser» Bao Dai als «Staatschef». Und als nach dem Zusammenbruch der französischen Herrschaft in Indochina die Amerikaner das Erbe der Franzosen antraten, setzten sie ihrerseits den vermeintlich weniger korrupten Ngo Dinh Diem als «Präsidenten» ein und weigerten sich, das Genfer Abkommen zu unterzeichnen oder gar zu erfüllen, das die politische Einigung Vietnams unter einer freigewählten Volksregierung bezweckte. Mit gutem Grund natürlich; denn es lag auf der Hand, daß sich bei einer gemeinsamen Willensentscheidung des süd- und nordvietnamesischen Volkes die erdrükkende Mehrheit der Stimmenden in beiden Landesteilen für das Regime Ho Chi Minh ausgesprochen hätte. Aber die amerikanische Sabotage des Genfer Abkommens ändert eben doch nichts daran, daß *der Regierung von Südvietnam bis zum heutigen Tag jede Rechtsgrundlage fehlt.* Ob nun die Franzosen hinter ihr standen oder die Amerikaner — sie war unrechtmäßig von allem Anfang an und immer nur ein Werkzeug im Kampf gegen die rechtmäßige Regierung, deren tatsächlicher Machtbereich gewaltsam auf Nordvietnam beschränkt wurde. Von einer «Verpflichtung» der Vereinigten Staaten, eine unabhängige Regierung, die in Saigon bestehe, gegen den Angriff eines Nachbarstaats und gegen eine «Fünfte Kolonne» im Lande selbst zu verteidigen, kann im Ernst überhaupt nicht gesprochen werden; die Regierenden in Saigon waren immer nur Kreaturen Washingtons, unter Eisenhower und Dulles wie unter Kennedy, und sie sind es heute, unter Johnson, erst recht ganz offenkundig. Schon darum fällt die ganze rechtliche Konstruktion, die die Vereinigten Staaten ihrem Vietnamkrieg gegeben haben, in sich selber zusammen.

Reaktion führt zu Revolution Vollends unhaltbar, ja von Grund auf unwahrhaftig ist — wie wir hier wiederholt dargelegt haben — die *politische* Begründung und Zielsetzung, die in Washington dem Krieg in Vietnam gegeben wird. Besonders originell ist immerhin, was sich das Weißbuch der amerikanischen Regierung als Begründung für die angebliche Notwendigkeit einer Ausdehnung der Kriegshandlungen auf Nordvietnam geleistet hat. Es zählt — wie es auch Präsident Johnson am 13. Mai in einer Rede getan hat — die großen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte auf, die Südvietnam dank amerikanischer Hilfe in den letzten Jahren gemacht habe: Verdoppelung der Erträge der Reisfelder, Mehrerträge in der Schweinezucht, bessere Getreideernten, Errichtung zahlreicher Schulen, Krankenhäuser und Fabriken, und so weiter. Die Lebenshaltung des südvietnamesischen Volkes, so heißt es in dem Weißbuch, habe sich ständig gehoben; die Jahre seit 1955 seien eine

Zeit sichtlichen Fortschritts und zunehmenden Wohlstandes gewesen. «Das war unerträglich für die Machthaber in Hanoi; unter friedlichen Verhältnissen ließ der Süden den Norden hinter sich zurück. Sie (die nordvietnamesischen Kommunisten) standen im Begriff, im friedlichen Wettbewerb die Schlacht zu verlieren, und beschlossen, Gewalttätigkeit und Terror anzuwenden, um ihre Ziele zu erreichen.»

So also, belehrt man uns von Washington aus, ist der Krieg in Vietnam entstanden: als von Hanoi aus purem Neid angezettelte kommunistische Umsturzbewegung im Süden mit geheimer Nachhilfe aus dem Norden, die endlich die Vereinigten Staaten gezwungen habe, dafür zu sorgen, daß Südvietnam seine blühende Entwicklung in Frieden und Freiheit fortsetzen könne!

Die Tatsachen sind auch hier anders. Es mag durchaus stimmen, daß von den vielen Hunderten Millionen Dollar, die im Laufe der Jahre nach Südvietnam geflossen sind, ein Teil der Bevölkerung selbst zugute gekommen ist. Und es ist auch richtig, daß Nordvietnam, von den früheren Hauptquellen seiner Lebensmittelversorgung im Süden abgeschnitten und ohne Zuschüsse aus den Kassen eines reichen Schutzpatrons, vergleichsweise arm dran ist und sich zu einer strengen, sparsamen Wirtschaftsführung genötigt sieht. Aber Tatsache ist auch, daß die Staatsverwaltung in Südvietnam sogar für asiatische Begriffe ungewöhnlich unfähig, verderbt und rückständig ist, daß der Hauptteil der amerikanischen Hilfsgelder in die unergründlichen Taschen einer gewissen- und sittenlosen Oberschicht geflossen ist und daß jeder Ansatz zu einer demokratischen Reform des öffentlichen Lebens von den aufeinanderfolgenden Diktaturregierungen im Keime erstickt worden ist, während in Nordvietnam strenge Sauberkeit und Rechtlichkeit herrscht und die Industrialisierung und Modernisierung der Wirtschaft dem Volksganzen und nicht einer bevorrechteten Oberklasse zugutkommt. Bestechung, Unterschlagung von Volksgut und Ausbeutung der Ärmsten durch eine genußsüchtige Herrenkaste sind hier unbekannt, wie immer wieder auch solche ausländische Beobachter feststellen, die keineswegs mit sozialistischen und kommunistischen Gedanken liebäugeln.

Auf keinen Fall ist der (wirkliche oder angebliche) Wohlstand Südvietnams für den Norden ein Grund gewesen, auf eine Unterwühlung und Eroberung des Südens auszugehen. Der Ursprung des Vietcong-Aufstandes und der späteren, sehr mäßigen Unterstützung, die er in Nordvietnam gefunden hat, ist wo anders zu suchen. Er liegt in der *Rückgängigmachung der sozialen Reformen,* die im Zusammenhang mit dem Freiheitskampf gegen die Franzosen in ganz Vietnam eingeleitet worden waren. Überall, wo die Vietminh-Soldaten hinkamen, nahmen sie die Gemeindeverwaltung in die Hand und erleichterten das Los des armen Volkes, namentlich auf dem Land. Mit ihrer Hilfe begannen die Bauern die größeren Besitzungen aufzuteilen, die Pachtzinsen und Steuern abzuschaffen und neue, genossenschaftliche

Betriebsformen einzuführen. Das geschah vorzugsweise im Süden. Nach der Unterzeichnung des Genfer Abkommens zogen sich die regulären Vietminh-Streitkräfte in den Norden zurück und überließen es den Franzosen, im Süden die Ordnung aufrechtzuerhalten, bis die Wahlen in beiden Landesteilen vorgenommen werden könnten und die Einigung Vietnams zustandekomme. Die Vereitelung der Wahlen machte aber auch den angehobenen Reformen ein Ende. Südvietnam blieb in den Händen der Herren Dulles, Diem & Co., und eine rücksichtslose *Gegenrevolution* stellte die Herrschaft der Grundbesitzer und der städtischen Müßiggänger fast im vollem Umfang wieder her. Was für schamlose Zustände unter der Diktatur der Familie Diem herrschten, ist noch in frischer Erinnerung; daß eine Person mit den Eigenschaften der Madame Nhu die nationale Wirtschaft Südvietnams sozusagen als ihre Privatangelegenheit behandeln und sich in einer Art bereichern konnte, die sogar in den Vereinigten Staaten Anstoß erregte, sagt im Grunde alles.

Eine von Washington aus ins Werk gesetzte «Landwirtschaftsreform» änderte an der Lage des Großteils der Bauern und Landarbeiter jedenfalls nichts. Verglichen mit dem Zustand, wie er 1954, vor dem Abzug der Vietminh-Truppen nach dem Norden, herrschte, war die sogenannte Ladejinsky-Reform ein klarer Rückschritt und nur ein Stück der sozialen und politischen Reaktion, die sich jetzt hemmungslos auslebte. Ist es wirklich ein Wunder, daß die Antwort des betrogenen Volkes die *Revolution* war, der Aufstand der später «Vietcong» geheißenen Bewegung, die im Stich zu lassen den Volksgenossen in Nordvietnam nur abgebrühte Zyniker zumuten konnten und können?

Eine weltweite Entscheidung Es kann gar kein Zweifel sein: die große Mehrheit des Volkes von Südvietnam wünscht nichts Besseres als von den Amerikanern in Ruhe gelassen zu werden, um die soziale Neugestaltung des Landes endlich *nach eigenem Gutdünken* zu vollziehen. *Das* ist die Selbstbestimmung, die das südvietnamesische *Volk* verlangt — nicht die «Freiheit vom Kommunismus», wie sie die immer noch (formal wenigstens) machthabende Oberklasse erstrebt, die nur mit massivster amerikanischer Hilfe eine durchgreifende Reform von Wirtschaft und Staat verhindern kann. Aber so ist es eben: Immer wieder muß das Schreckgespenst des Kommunismus herhalten, wenn es gilt, die Herrschaft einer ausbeuterischen Oberschicht zu brechen. Und je gewalttätiger der Widerstand gegen die notwendige Neuordnung von Wirtschaft und Staat ist, die friedlich und freiwillig durchgesetzt werden könnte, um so stärker wird die Reformbewegung auf den kommunistischen Weg gedrängt, der dann freilich — bei dem Zustand, in dem die Menschen nun einmal noch sind — meistens der einzige noch gangbare Weg bleibt. Das ist die klare Erfahrung der letzten fünfzig

Jahre (nachdem bei den bürgerlichen und bäuerlichen Revolutionen ähnliche Erfahrungen schon jahrhundertelang gemacht worden waren); Rußland und die ost- und mitteleuropäischen Länder, die heute mit ihm verbündet sind, danach China, Nordkorea und Nordvietnam, aber auch Kuba, Algerien und andere Länder bieten dafür sprechende Beispiele. Wenn man in den Vereinigten Staaten nicht derart vom kapitalistischen Geist besessen wäre, wie das tatsächlich der Fall ist, so würde man die auf der Hand liegende Lehre der Geschichte auch auf Vietnam anwenden!

Aber nein, da gibt es nur die *gewaltsame*, die *militärische* Lösung des Problems, das Durchhalten bis zum Endsieg, koste es, was es wolle — so sagt man uns von Amerika her jeden Tag. Wie jeder Ruf nach Abrüstung in Westeuropa mit dem Aufschrei erstickt wird: «Dann kommen die Russen!», so ist die Antwort auf das Begehren nach Rückzug der USA-Armee aus Vietnam: «Dann kommen die *Chinesen!*» Dabei ist Nordvietnam, das als angeblicher Arm Pekings nun ein für allemal gelähmt werden soll, nie ein Werkzeug Chinas gewesen — eher dessen mißtrauischer Nachbar. Die Regierung Ho Chi Minh war schon etwa vier Jahre vor dem Sieg der chinesischen Revolution am Ruder und focht ihren Unabhängigkeitskampf gegen die Franzosen nachher ohne Hilfe des neuen Chinas durch, das mit sich selber mehr als genug zu tun hatte. *Wenn* die Chinesen in Nordvietnam eingreifen sollten, dann wäre es einzig zur Abwehr der brutalen amerikanischen Zerstörungsangriffe auf das kleine, langsam verblutende Land.

Ob die Chinesen wirklich militärisch eingreifen werden und ob dann auch die Sowjetunion auf ihre Seite treten müßte, das ist nun freilich die Frage, die sich jedermann stellt. In China scheint man zu erwarten, daß die fortdauernde Steigerung des Umfangs und der Heftigkeit der amerikanischen Luftangriffe auf Nordvietnam über kurz oder lang zum Krieg zwischen China und den Vereinigten Staaten führen werde — ähnlich wie das Kossygin ebenfalls fürchtet. Tschu En-lai, der chinesische Ministerpräsident, hat jedenfalls bei seinem Besuch in Algier im Gespräch mit Ben Bella gesagt: «Wir sind überzeugt, daß die Vereinigten Staaten China bombardieren werden, und haben bereits Schritte getan, um diesem Angriff zu begegnen. Wir sind vom militärischen wie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus bereit.» (Nach der algerischen Zeitung «Jeune Afrique», zitiert im «New Statesman» vom 14. Mai.)

Von Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten *vor* einer Einstellung der Feindseligkeiten gegen Nordvietnam und *vor* einem Rückzug der Amerikaner aus Südvietnam verspricht man sich in Peking auf jeden Fall gar nichts. Das Volk von Vietnam, so erklärte Außenminister Tschen Yi dem wohlbekannten Journalisten K. S. Karol gegenüber (siehe «New Statesman» vom 28. Mai), sei unbedingt stark genug, um die Amerikaner zu vertreiben, auch wenn es bis zur näch-

sten Generation gehen sollte. «Wie das Volk von Vietnam sind wir entschlossen gegen die ‚bedingungslosen Verhandlungen' der Regierung Johnson und gegen die Spiegelfechterei, die sie unter dem Deckmantel von Friedensverhandlungen betreibt.»

Die Haltung der *Sowjetunion* ist hier freilich anders. Für sie steht die Notwendigkeit, einen Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden, im Vordergrund. Unter Chruschtschew war der Moskauer Regierung der Freiheits- und Unabhängigkeitskampf des südvietnamesischen Volkes ziemlich gleichgültig. Das hat sich jetzt zwar geändert; man hört von sowjetischer Seite Protesterklärungen gegen den amerikanischen Vietnamkrieg, die an Schärfe und anscheinender Entschlossenheit zur Hilfe an Nordvietnam nichts zu wünschen übrig lassen. Aber wieweit Moskaus Bereitschaft geht, der nordvietnamesischen Regierung greifbare militärische Unterstützung zu geben, ist noch ganz unklar; die Einrichtung von Rampen bei Hanoi für eine allfällige sowjetische Raketenabwehr ist bisher so ziemlich alles, was in dieser Beziehung bekannt geworden ist. Und das mag eher als Warnung an die Amerikaner gedacht sein denn als ernstgemeinte Vorbereitung auf die Abwehr eines bereits fest erwarteten Luftangriffs auf die Hauptstadt von Nordvietnam. Moskau sähe es auf jeden Fall gern, wenn irgendein *Kompromiß* zwischen den Vereinigten Staaten und Nordvietnam zustande käme, der einen Abzug der Amerikaner ohne «Gesichtsverlust» erlauben würde und doch der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams eine gewisse Genugtuung gäbe. Gerade das weist man aber auf chinesischer Seite mit äußerster Heftigkeit als eigentlichen Verrat an der Sache Vietnams zurück. Die Sowjetunion, so lautet ja die chinesische Behauptung, komme mehr und mehr vom Sozialismus ab. Sie sei mit ihrem Revisionismus auf dem besten Weg, den Kapitalismus wieder einzuführen, und habe darum kein höheres Ziel, als zwischen sich und den Vereinigten Staaten die Welt aufzuteilen. Und Vietnam gebe die beste Gelegenheit zum Abschluß eines Kuhhandels, der auf dem Rücken der unterentwickelten, um ihre Freiheit von Kapitalismus und Imperialismus kämpfenden Völker getätigt werden solle.

Daß dies eine recht primitive und den sowjetischen Absichten nicht gerecht werdende Darstellung der wirklichen Sachlage ist, leidet keinen Zweifel. Ebenso sicher ist aber — und wir haben das hier schon wiederholt festgestellt —, daß die Sowjetunion ihre Revolution in der Hauptsache hinter sich zu haben glaubt und den westlichen Kapitalismus und Imperialismus, mit Amerika als Hauptvertreter, mit anderen Augen ansieht als China, das den Amerikanern Todfeindschaft geschworen hat. Wie die Sowjetunion mit dieser Milderung ihres Gegensatzes zu den Vereinigten Staaten ihre überlieferte Rolle als Schutzmacht der ganz- und halbkolonialen Völker vereinbaren kann — das ist jetzt ihr großes Problem. Manche Gründe sprechen dafür, daß sie sich schließlich ihren Solidaritätspflichten gegenüber

den unterentwickelten Ländern doch nicht wird entziehen können, wenn sie nicht jede Achtung in der Welt der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker verlieren will. Moskau sucht gewiß einer Entscheidung zwischen China-Vietnam und den Vereinigten Staaten auszuweichen und für die Vietnamfrage eine Verhandlungslösung herbeizuführen, die vor dem Weltgewissen und besonders vor dem sozialistischen Gewissen einigermaßen verantwortet werden kann. Aber Amerika macht ihm eine solche Lösung nicht leicht, macht sie vielleicht überhaupt unmöglich, wenn es seinerseits auf der Notwendigkeit beharrt, den Aufstand in Südvietnam ein für allemal niederzuwerfen, Nordvietnam für die «freie Welt» unschädlich zu machen und notfalls die Chinesische Volksrepublik zu zerschlagen. Es geht hier eben den Vereinigten Staaten um viel mehr als bloß um Vietnam. Würde ihr Unternehmen in Vietnam scheitern, so würde nicht allein, nach ihrer «Dominotheorie», ein Land Südostasiens ums andere *auch* fallen, sondern der Beweis erbracht sein, daß auch ein kleines, militärschwaches Land, wenn es nur keine Opfer scheut, der Vormacht des internationalen Kapitalismus erfolgreich Widerstand zu leisten vermag. («Wir wagten es, ein armes Volk der Hirten, in Kampf zu treten mit dem Herrn der Welt», wie einst die ersten Eidgenossen . . .) Und die Wirkung dieses Beispiels auf die ganze übrige Welt — das fürchtet man in den Vereinigten Staaten im Blick auf Vietnam mehr als alles andere. Auch Amerika steht hier vor einer folgenschweren Entscheidung. Es hat die Entscheidung vielleicht schon getroffen — und bereitet sich dadurch gerade die Katastrophe, die es jetzt so blind und verbissen zu verhindern sucht. Vietnam kann darum zu einer eigentlichen Wende der Weltpolitik werden, so oder so. Und wir anderen, die auf die bevorstehenden Entscheidungen keinen Einfluß haben, verfolgen mit angehaltenem Atem den dramatischen Ablauf der Dinge, die da kommen sollen.

Neue Unruhe in Lateinamerika Die gegebene Kraft, die in Vietnam zugunsten des Friedens eingreifen müßte, wäre natürlich die *Organisation der Vereinten Nationen*. Aber die UNO ist eben keine Kraft, sondern eine Schwäche, eine Ohnmacht. Man hat im Sicherheitsrat zwar tagelang über Vietnam geredet, aber infolge des Widerstands der Vereinigten Staaten und ihrer Gefolgsländer (zu denen namentlich England mit seiner Labourregierung gehört), kam es nicht einmal zu einer anständigen Resolution, noch viel weniger zu einer Tat. U Thant, der Generalsekretär der UNO, dessen Abneigung gegen die Kriegspolitik der USA bekannt ist, klagt darum mit gutem Grund, wenn die gegenwärtige Entwicklung fortschreite, so werde die UNO zu einem bloßen Debattierklub herabsinken. Dieses Schicksal droht ihr um so mehr, als auch die Geldmittel der UNO so knapp geworden sind, daß eine ersprießliche Arbeit der Weltorganisation immer unmöglicher wird.

Man redet denn auch jetzt wieder viel über die Notwendigkeit, die UNO zu reformieren; aber alle organisatorischen Änderungen werden die Vereinten Nationen nicht zu dem machtvollen Werkzeug der Friedensschaffung schmieden können, das sie hätte werden sollen, solange das Vetorecht der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats weiterbesteht und vor allem die Eigenmächtigkeit der Vereinigten Staaten jedes kraftvolle, wirksame Auftreten der UNO als Friedensmacht zu verhindern vermag.

Man sieht das auch wieder in der Angelegenheit der *Dominikanischen Republik*. Das eigenmächtige Eingreifen der Washingtoner Regierung, oder genauer von Präsident Johnson selbst, der nicht einmal seine gewöhnlichen Vertrauten befragt haben soll und die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) ebenso auf die Seite geschoben hat wie erst recht die UNO, hat die Vereinigten Staaten hier in eine richtige Sackgasse geführt. Wohl haben die amerikanischen Streitkräfte den Sieg der verfassungstreuen Aufständischen vereiteln können, aber in Washington mußte man sich rasch überzeugen, daß die Unterstützung der Sache der Militärdiktatoren durch Nordamerika ein Fehler war und keine einigermaßen haltbare Lösung der Krise verhieß. So zog sich Johnson schlau hinter die gleiche OAS zurück, die er von vornherein um jede Autorität gebracht hatte, um so wenigstens die wirksame Einschaltung der UNO zu hintertreiben. Das ist ihm soweit auch gelungen, obwohl sein Vertreter im Sicherheitsrat harte Worte nicht nur vom Russen und vom Kubaner hören mußte, sondern auch vom französischen Delegierten, der keinen Hehl daraus machte, daß General de Gaulle die Gewaltpolitik der USA wie in Vietnam, so auch in Santo Domingo verurteilt. Formell hat nun die Organisation der Amerikanischen Staaten in der Dominikanischen Republik das Heft in der Hand. Aber es ist selbstverständlich, daß die OAS-Streitkraft tatsächlich ganz von Washington aus gesteuert wird, wo man sich offenbar auf eine länger dauernde militärische Besetzung der Inselrepublik einrichtet. Ob die Bildung einer Kompromißregierung aus Vertretern der Aufständischen wie der reaktionären Kreise, die man in Washington erstrebt, gelingen wird oder nicht — sicher ist, daß in Santo Domingo gedeihliche Zustände erst möglich sind, wenn dort nicht mehr die nordamerikanischen Plantagen-, Industrie- und Handelsgesellschaften der nominellen Regierung das Gesetz des Handelns vorschreiben. Und bis das soweit kommt, wird noch eine schöne Zeit vergehen . . .

Die dominikanische Krise ist eben nur Ausdruck der *allgemeinen* Unrast, die in den meisten Ländern Lateinamerikas zum Dauerzustand geworden ist und eine ihrer Hauptursachen in der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in diesem ganzen Raum hat. Der Widerstand, auf den der «Yankee» in Mittel- und Südamerika stößt, hat sich zwar gerade im Fall von Santo Domingo recht deutlich geltend gemacht, aber er ist doch noch weit davon ent-

fernt, der Macht der Vereinigten Staaten ernsthaft Abbruch zu tun, sind doch die konservativen Oberklassen in der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder durch eine weitreichende Interessengemeinschaft fest an Nordamerika gebunden, das nur den Kommunistenschreck zu erregen braucht, um sie fest bei der Stange zu halten.

Sie arbeiten ja vorzugsweise selber mit diesem bewährten Mittel, sobald ihre Vorrechtsstellung irgendwie bedroht scheint. In *Guatemala* zum Beispiel, das seit Februar unter gemildertem Kriegsrecht steht, wurde am 22. Mai der stellvertretende Armeeminister von unbekannter Hand getötet. Flugs wurde die Tat den Kommunisten in die Schuhe geschoben, obwohl diese nur eine geringfügige Rolle in der Opposition gegen das Regime spielen. Sogar die «New York Times» (24. Mai) stellt fest: «In Guatemala sucht gegenwärtig die reaktionäre Militärdiktatur eine neue Verfassung durchzudrücken, die auf die Interessen der Wirtschaftsmächte und der römisch-katholischen Kirche zugeschnitten ist. Sie würde die Landwirtschaftsreform vereiteln, die in Guatemala eine schreiende Notwendigkeit schon seit Jahrhunderten ist. Solang dem Volk von Guatemala soziale Gerechtigkeit vorenthalten wird, wird eben eine Lage fortdauern, die revolutionäre Möglichkeiten in sich birgt ... Der Kommunismus ist unter solchen Verhältnissen keine Ursache; er ist eine Folge der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ungerechtigkeit.»

Ähnliches gilt von *Bolivien*, das in der zweiten Maihälfte durch bedrohliche innere Gegensätze erschüttert wurde. Es handelte sich dabei zunächst um einen Kampf zwischen der Militärdiktatur des Generals Barrientos (der natürlich seine Ausbildung teilweise in Nordamerika genossen hat) und der Bergarbeitergewerkschaft, die sich gegen die Entlassung von 7000 «überflüssigen» Zinngrubenarbeitern wehrt. Nach der Abschiebung von gegen zwanzig Gewerkschaftsführern und Linkspolitikern ins benachbarte stockreaktionäre Paraguay, einem als Antwort darauf erklärten Generalstreik und einem umfassenden Militäraufgebot ist zwar ein politischer Waffenstillstand vereinbart worden, aber wenn in *einem* Lande Lateinamerikas eine revolutionäre Dauerlage besteht, so in Bolivien. Es mag schon richtig sein, daß die gut organisierten und bewaffneten Berg- und Industriearbeiter ihre Macht zu Zeiten mißbraucht und die Wirtschaft geschädigt haben. Allein daß die Großzahl der gewerblichen und besonders der landwirtschaftlichen Arbeiter Boliviens — meistens Indios — in schwarzer Armut dahinlebt, von Lesen und Schreiben kaum eine Ahnung hat und allen Mangelkrankheiten und einem frühen Tod ausgesetzt ist, das bleibt dennoch Tatsache. Nicht viel anders steht es um eine ganze Reihe anderer lateinamerikanischer Länder. Daß dort nicht längst sozialrevolutionäre Bewegungen mit elementarer Wucht durchgebrochen sind, *das* ist das wirklich Erstaunliche — nicht daß die Auflehnung gegen himmelschreiende Zustände oft Formen annimmt, die dem «ordnungsliebenden» Bürger immer wieder das Gruseln vor

dem Kommunismus beibringen. Aber seien wir nur sicher: der Sturz der menschenunwürdigen Unrechtsordnungen wird auch in Mittel- und Südamerika unausweichlich kommen. Gottes Mühlen mahlen langsam, aber schrecklich fein!

Die Spannung in Persien Das Gleiche muß man zur Lage in *Persien* (Iran) sagen. Wie gespannt sie ist, ersieht man allein schon aus der Tatsache, daß im vergangenen Januar der damalige Ministerpräsident von einem «jugendlichen Fanatiker» ermordet wurde und im April der Schah selbst nur durch einen «Zufall» einem Anschlag auf sein Leben entging. Seither hört man dauernd von Unruhe und Gärung besonders unter den iranischen Studenten, von denen viele in Europa weilen und gegen das Unterdrückungsregime in ihrer Heimat protestieren. Das Hauptwerkzeug dieses Regimes ist natürlich wie überall die Armee. Nach der amerikanischen Wochenschrift «Newsweek» soll der heutige Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Humphrey, im Mai 1961 geäußert haben: «Wissen Sie, was der Oberkommandierende der iranischen Armee einem unserer Leute gesagt hat? Er sagte: Die Armee ist dank der amerikanischen Hilfe gut in Form — sie ist fähig, mit der Zivilbevölkerung fertig zu werden. Diese Armee plant nicht, gegen die Russen zu kämpfen. Sie plant, gegen die iranische Bevölkerung zu kämpfen.»

Lord Bertrand Russell, der diese Äußerung in einem Aufsatz «Freiheit in Iran» (September 1964) anführt, bemerkt dazu:

«Die iranische Armee besteht aus 200 000 Mann und dient dem Schah Mohammed Reza ... Die Armee wird von USA-Streitkräften unterstützt, die ihre Manöver im Persischen Golf durchführen. Es gibt eine starke Polizeimacht und auch eine Geheimpolizei, die mehr als 6000 Mann stark ist. Die tatsächliche Funktion dieser Massenansammlung von bewaffneten Leuten ist es, die amerikanischen und britischen Ölraffinerien und Ölleitungen zu beschützen. Der amerikanische Geheimdienst spielt eine wichtige Rolle hinter den Kulissen, wie er stolz zugab, als Mohammed Mossadegh (der seinerzeitige Ministerpräsident. H. K.) abgesetzt wurde, weil er die Ölindustrie Irans nationalisierte. Der Schah ... kassiert jährlich 400 Millionen Dollar Ölgebühren ein; außerdem zahlen ihm die Vereinigten Staaten jährlich die Summe von 80 Millionen Dollar.

Trotz diesem beträchtlichen Einkommen Irans aus Öl und Unterstützungen allein liegt die mittlere Lebenserwartung unter 30 Jahren, und die Sterblichkeitsrate liegt nahe bei 50 Prozent aller Neugeborenen ... Die Unterdrückung äußert sich in einer völligen Beherrschung der Presse und des Parlaments. Universitätsstudenten werden in ihren Hörsälen ermordet, politische Gegner wurden Folterungen unterworfen, und jeder gewöhnliche Iraner kann ohne förmliche Einspruchsmöglichkeit verhaftet und geschlagen werden.»

Das wichtigste Problem Persiens ist indessen die *Bodenfrage*. Die Bauern und Landarbeiter machen drei Viertel der Gesamtbevölkerung (16 Millionen) aus. Bis vor kurzem hatten, wie Zaman Maziar in der «World Marxist Review» (Bd. 6, Nr. 7) schreibt, über 60 Prozent der Bauern überhaupt kein Land. 23 Prozent hatten weniger als eine Hektare, 10 Prozent besaßen eine bis drei Hektaren, und nur ein Prozent hatte mehr als 20 Hektaren. In der Regel mußten die Bauern 50 bis 70 Prozent des Ernteertrages an die Grundbesitzer als Pachtzins abliefern. Nun wird zwar in Persien viel Aufhebens von der Bodenreform gemacht, die seit ein paar Jahren im Gang sein soll. Der erste Abschnitt der Reform sei bereits abgeschlossen, so daß jetzt kein Großgrundbesitzer mehr als *ein* Dorf für sich behalten könne. Aller übrige Großbesitz sei an die Bauern verteilt worden. 9570 Dörfer mit etwa 1,7 Millionen Einwohnern sollen dadurch von der Feudalherrschaft freigeworden sein, das wären rund 13 Prozent der gesamten Landbevölkerung.

Was es aber in Wirklichkeit mit diesem Anfang einer Bauernbefreiung auf sich hat, dafür wollen wir einen unverdächtigen Zeugen anführen. Ein Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» berichtete (in Nr. 4112/1964) aus Teheran, daß die «befreiten» Bauern vielfach in die Hände von Wucherern gefallen seien, bei denen sie Darlehen auf die künftigen Ernten aufnehmen mußten. «Solche Darlehen sind meist in wenigen Monaten fällig und bringen dem Geldverleiher — in dieser kurzen Frist — je nach Umständen bis zu 50 Prozent Zins ein. Dies bedeutet, daß Jahreszinssätze von 100 oder 200 Prozent keine Seltenheit sind . . . Der Bauer läuft Gefahr, in eine Abhängigkeit zurückzufallen, die jener der früheren Zeiten . . . in der Praxis sehr ähnlich sieht.» Wenn der Staat nicht eingreife, «dürften sich nach Ablauf der 15 Jahre, während deren die neuverteilten Landgüter unveräußerlich bleiben, sehr schnell die alten Verhältnisse wieder einspielen».

Das also ist die Wirkung des ersten Abschnitts der vielgepriesenen Bodenreform in Persien. Was bei der Durchführung des zweiten Abschnitts herauskommen wird, die jetzt begonnen hat, nämlich bei der Aufteilung der Dörfer, die heute einem einzigen Großgrundbesitzer gehören, das muß man abwarten. Höchst wahrscheinlich wird die ganze «Bodenreform» so ziemlich auf dem Papier stehen bleiben und die tatsächliche Lebenslage der Landbevölkerung gleich elend belassen wie bisher. 90 Prozent der Bauern können nicht lesen und schreiben; ihre Wohnungen sind meistens dunkle, feuchte, höhlenartige Behausungen, während eine amtliche «Wohnungsbaureform» sehr behagliche Häuser für Offiziere der Armee und der Polizei und andere zuverlässige Stützen des Regimes zur Verfügung stellt. Auch die übrige Bevölkerung lebt großenteils unter sehr schwierigen Bedingungen. Bertrand Russell schreibt in dem erwähnten Aufsatz: «Die Preise für Fleisch, Gemüse, Obst und Eier sind höher als in den Vereinigten Staaten. Die Offiziere der Geheimpolizei und der Armeeführung er-

halten Gehälter von 1500 bis 2000 Dollar *monatlich*. Das Durchschnittseinkommen eines Iraners ist 80 Dollar *im Jahr*.»

Und zum Schluß fragt der englische Gelehrte: «Falls ein nationaler Aufstand ausbricht, werden dann die Vereinigten Staaten die iranische ‚Freiheit' verteidigen wie in Vietnam, indem sie unter größten Opfern an Menschenleben die Rebellion zu unterdrücken versuchen? Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, ob es uns gelingt, der Bevölkerung Amerikas und des Westens die Wahrheit über die ‚freie Welt' und den Kalten Krieg bekanntzumachen.»

Darauf käme in der Tat jetzt alles an — nicht nur für Vietnam und Persien, sondern für den Weltlauf überhaupt. Sobald die Lüge von der «freien Welt», die um ihr Leben gegen die kommunistische Tyrannei kämpfen müsse, nicht mehr geglaubt wird, liegt der Weg zu Frieden, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung der Völker offen vor uns da. Aber was wird noch alles geschehen müssen, bis der Bann gebrochen ist, in den die satten, in ihrem Wohlleben fast erstickenden westlichen Völker geschlagen sind, und sie endlich zur Erkenntnis der Wirklichkeit erwachen?

3. Juni. *Hugo Kramer*

Mitteilung, Dank und Bitte an unsere Abonnenten

Leider erfolgte auf Januar 1965 auch für die «Neuen Wege» eine Druckkostenerhöhung. So sehen wir uns genötigt, das Abonnement ab 1. Juli 1965 zu erhöhen. Wir tun es nur mit Widerstreben. Das Abonnement beträgt von diesem Zeitpunkt an jährlich Fr. 28.—, halbjährlich Fr. 14.—. Dem Juli/Augustheft wird ein Einzahlungsschein beiliegen fürs 2. Halbjahr 1965 oder für die Erhöhung des bereits bezahlten Jahresabonnements um Fr. 1.50.

Unser Dank und unsere Bitte:

Nur dank erhöhter Abonnementsbeträge, einmaliger oder regelmäßiger Beiträge in den Betriebsfonds, der Übernahme von Geschenkabonnements konnten die «Neuen Wege» auch 1964 erscheinen. Diese nie erlahmende Opferbereitschaft bekundete uns erneut Solidarität und Treue in der Verfechtung der dringenden Aufgaben unserer Tage. Von ganzem Herzen Dank allen diesen offenen Händen, mit der großen *Bitte*, sie weiterhin offen zu halten. Werben Sie eifrig für die «Neuen Wege». Eine stark erhöhte Abonnentenzahl würde diese Art der Hilfe unnötig machen. Probehefte sendet die Administration gerne gratis.